

ist riesengroß, selbst bürgerliche Blätter gehen zu, daß eine solche Erregung seit dem Budget Lloyd Georges und den Augusttagen 1914 nicht dagewesen ist.

Die KP Großbritanniens hat dies auch vom ersten Augenblick an erkannt, und alle ihre Parolen sind auf den Kampf, auf Aktionen ausgerichtet. Vorbereitung des Generalstreiks, Schaffung lokaler Komitees zur Durchführung der Kampfmaßnahmen, Sturz der Toryregierung, das ist das einzige, was die Konservativen auf die Knie zwingen kann. Das ist das Gebot der Stunde.

Die Ursachen der englischen Arbeitslosigkeit

London, 6. Mai. (Telunion.)

Die zweite Lesung der Vorlage über die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien wurde heute im Unterhaus durch den arbeiterparteilichen Abgeordneten Hall eingeleitet. Hall trat für die Schaffung eines nationalen Arbeitsamtes ein, das Anleihen gewähren sollte nach dem Vorbild der deutschen produktiven Erwerbslosenfürsorge. Er erklärte, daß während der letzten acht Jahre durch industrielle Streikigkeiten verlorengegangen seien. Aber das sei nur wenig im Vergleich zu den durch die Arbeitslosigkeit verlorengegangenen Arbeitstagen. Noch 1921 habe sich deren Ziffer auf zwei Milliarden Arbeitstage belaufen. Eine Ursache für die Arbeitslosigkeit im Bergbau sei der zunehmende Verbrauch von Oelen; bei ungefähr 18 bis 20 Millionen Tonnen Schiffstank werde heute Oel als Brennstoff verwendet statt Kohlen.

Brestfestag in der Sowjetunion

Moskau, 4. Mai. (Telegraphenagentur „Inprekorr“.)

Heute wird in der ganzen Sowjetunion der Brestfestag gefeiert. In diesem Jahre fällt dieses Fest mit dem fünfzehnjährigen Jubiläum der „Pravda“ zusammen. In sämtlichen Betrieben und Institutionen, sowie in den Klubs wurden dem Brestfestag gewidmete Veranstaltungen abgehalten.

Zur Zeit erscheinen in der ganzen Sowjetunion über 700 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 8 Millionen Exemplaren, gegenüber 2½ Millionen Exemplaren im Jahre 1913. Das weitverbreitete Blatt ist die „Bauerzeitung“, deren Gesamtauflage eine Million überschritten hat. 206 Zeitungen erscheinen in den Sprachen der nationalen Minderheiten, während unter dem zaristischen Regime nur vier Zeitungen in diesen Sprachen herausgegeben werden konnten. Überaus verbreitet sind die Wandzeitungen; abgesehen von Betrieben, Institutionen, Klubs, Schulen, Truppenteilen und großen Wohnhäusern, erscheinen in fast jedem Dorfe Wandzeitungen, die die Fragen des lokalen Lebens behandeln. In der Sowjetunion bestehen 20 Hundzeitungen; auch in einzelnen Betrieben tauchen Hundzeitungen auf; diese lokalen Hundzeitungen bedienen die Betriebsabteilungen und die Arbeiterwohnungen während der Mittagspause.

Moskau, 6. Mai.

In Moskau wurde gestern der „Tag der Presse“ gefeiert und gleichzeitig damit im „Haus der Presse“ eine Ausstellung unter dem Titel „Zehn Jahre Sowjetpresse“ eröffnet. Die Ausstellung zeigt an Hand sehr umfangreichen fotografischen und Archivalienmaterials die gesamte Entwicklung des Zeitungs-, Zeitschriften- und Bucherwesens in Russland seit der Oktoberrevolution im Jahre 1917. Besondere Abteilungen sind eingerichtet für das Zeitungs- und für die Zeitschriftenwesen der Betriebe, Verwaltungen, Schulen usw. Die Blätter haben zum Teil Sonderausgaben herausgegeben mit Illustrationen und Artikeln über die historische Entwicklung des Pressewesens in der Sowjetunion.

Tschitcherin's Rückkehr nach Moskau. Die Telunion meldet, daß der Außenminister Tschitcherin am 22. Mai in Moskau erwartet wird. Sein Gesundheitszustand sei vollständig wiederhergestellt.

Räumungsfrage und Völkerverbund. Die Telunion berichtet aus Paris, daß ein französischer zuständiger Stelle erklärt wird, daß die Frage der Abreisandrängung auf der Völkerverbundstragung im Juni zur Sprache gebracht werde.

Um das Republikchutzgesetz

Berlin, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Innerhalb des Reichsabinetts fanden gestern Besprechungen über eine Verlängerung des Republikchutzgesetzes statt. Dabei stellte sich heraus, daß die von den Deutschnationalen gegen eine Verlängerung des ganzen Gesetzes gemachten Schwierigkeiten bedeutend größer sind, als man insbesondere in den Zentrumskreisen bisher anzunehmen geneigt war. Die Deutschnationalen wenden sich vor allem gegen jenen Satz des Gesetzes, der eine Behinderung der Rückkehr der letzten Hohenzollern von Doorn darstellt. Ein endgültiger Beschluß des Kabinetts soll erst nach der Wiederzusammenkunft des Reichstages herbeigeführt werden. In der letzten Kabinettsitzung stellte sich bereits heraus, daß mit Ausnahme der Deutschnationalen die Mehrheit der Minister für eine Verlängerung des Republikchutzgesetzes um zwei Jahre eintritt.

Zerfall der Tschangking-Regierung

Schanghai, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Zerfall der Tschangking-Regierung, die sich in ersten finanziellen Schwierigkeiten befindet, geht von Tag zu Tag weiter. Die Konfuzen verweigern die Annahme des von Tschangkaifschel ausgestellten Papiergeldes. Die Disziplin der Armee ist in höchstem Grade gebrochen. Die Soldaten, die bereits seit März keine Löhne mehr erhalten haben, beschäftigen sich mit Plünderungen. Die Politik der Tschangking-Regierung ruft große Differenzen insbesondere unter den militärischen Führern hervor.

Konferenz der Kuomintang.

Wuhan, 4. Mai.

Hier hat eine Konferenz von über 300 verantwortlichen Mitgliedern der Kuomintang und von Regierungsinstitutionen stattgefunden, die eine Resolution über die Unterstützung der Wuhan-Regierung annahm. An der Konferenz nahmen sämtliche Führer der Wuhan-Regierung, darunter der Sohn und die Witwe Sunatschens, ferner Eugen Tschun, Hu Tschun, Lanjanfai und andere teil.

Peking, 4. Mai.

Die Gattin Boradins und die drei diplomatischen Kurier, die vom Dampfer „Pamjatj Lenina“ („Gedenken Lenins“) von den Schantungbehörden heruntergeholt und in Tsinanfu interniert worden waren, sind hier unter verstärkter Bewachung eingetroffen.

15 Genossen im Hungerstreik

Peking, 6. Mai.

Die 15 Russen, die bei dem Ueberfall auf die Sowjetbotschaft in Peking verhaftet wurden, sind in den Hungerstreik getreten. Sie wurden daraufhin in Einzelzellen übergeführt.

Tschangkaifschel verhandelt mit den Imperialisten.

Wie der „Temp“ von seinem Peking Korrespondenten erzählt, finden gegenwärtig eifrige Verhandlungen zwischen Tschangkaifschel und Tschangkaifschun statt. Tschangkaifschel hat diesem den Posten des Gouverneurs von Schanghai angeboten. Der japanische Gesandte in Peking hat in einer halbamtlichen Erklärung mitgeteilt, er habe von Tschangkaifschel die Zusicherung erhalten, daß er irgendeiner Aktion der Mächte gegen Pankow nichts in den Weg legen würde.

SPD-Gandall in Halle

Rückwärtslose Machtpolitik des Parteivorstandes — Abdrosselung der Arbeiteropposition.

Die sozialdemokratische Presse, insbesondere auch die Dresdener Volkszeitung verwendet in den letzten Tagen ganze Spalten, um gegen die Kommunisten zu hetzen, sie unterschlägt aber konsequent jede Nachricht, die die Differenzen und Zustände in der eigenen Partei betrifft. Wir weisen hier nur auf die Spaltungserfahrungen in der sozialdemokratischen Jugendorganisation hin und die erst vor wenigen Tagen im Leipziger Bezirk erfolgten Ausschüsse oppositioneller Jugendfunktionäre, mit denen sich ein großer Teil der Ortsgruppen solidarisierte. Neuerdings hat sich nun auch in Halle ein neuer Skandal abgespielt. Dort wollte der Parteivorstand die Druckerei, in der das hallesche SPD-Blatt hergestellt wird, durch den Ankauf einer anderen Druckerei niederontarrieren. Die eben erwähnte Levis-Korrespondenz befaßt sich mit diesem Fall in einem längeren Artikel. Es stellt sich heraus, daß die sozialdemokratischen Arbeiter den halleschen Skandal erst aus der kommunistischen Presse erfahren haben:

„Die Genossen der Sozialdemokratischen Partei befinden sich wieder einmal in der sonderbaren Lage, Mitteilungen über einen ernsten Konfliktfall innerhalb ihrer Partei der kommunistischen Presse entnehmen zu müssen. Obwohl der Parteivorstand in dem Konflikt aktiv beteiligt ist, hat er die Parteipresse überhaupt nicht und die Parteinstanzen in den Bezirken nicht objektiv unterrichtet.“

Die Levis-Korrespondenz berichtet dann ausführlich über den Streitfall. Bisher hätten in Halle zwei nebeneinander arbeitende Genossenschaften bestanden, die beide mit der Herstellung der Parteizeitung beschäftigt waren: „Das ist die Verlagsgenossenschaft Volksblatt, die die Zeitung im Lohndruck im anderen Unternehmen der Druckerei-Genossenschaft m. b. H. herstellen läßt.“ Es ging darum, die beiden Genossenschaften zu vereinigen. Damit wären auch die halleschen einverstanden. Der Parteivorstand forderte aber 50 Prozent der Anteile. Aus welchem Grunde? Darauf antwortet die Levis-Korrespondenz:

„Der Verdacht drängt sich auf, daß der Parteivorstand diese Forderung nur stellt, um das hallesche Parteiblatt in seine Gewalt zu bekommen, denn daß sich

unter denen, die dann die 50 Prozent der halleschen Genossenschaft vertreten, wenigstens einer befindet, der in jedem Falle mit dem Parteivorstand sein wird, daran ist kaum ein Zweifel. Die Parteigenossen des halleschen Bezirkes wollen wohl die Verschmelzung der beiden Unternehmungen, aber sie wollen auch die Unabhängigkeit ihrer Zeitung nicht in die Hände des Parteivorstandes legen. Die Erinnerung an den üblen Mißbrauch, der während des Krieges mit Anteilnahme an Parteizeitungen geübt wurde, warnen die halleschen Genossen eindringlich. Eben weil sie in den vergangenen Jahren die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion betriebene Politik nicht kritiklos hinnehmen vermochten, legen sie auf die Unabhängigkeit ihres Blattes dem Parteivorstand gegenüber in dem Sinne besonderen Wert, daß der entscheidende Einfluß über die Zeitung den Genossen des Bezirkes gebührt, in dem sie verbreitet wird.“

Diese Begründung spricht Bände. Die Methoden innerhalb der SPD ähneln auf ein Haar den Unternehmungskriegen Gleich wie hier, will der Parteivorstand sein Uebergewicht durch höhere Anteile sichern. Die Levis-Korrespondenz erklärt:

„... Es kommt dem Parteivorstand darauf an, außerhalb Sachens die Partei nach Möglichkeit von oppositionellen Parteizeitungen zu zwingen, damit eine möglichst unmögliche Politik der Parteileitung in Zukunft nur auf äußerst geringen Widerstand stößt.“

Julius schreibt die Korrespondenz:

„Beil wir in dem halleschen Fall die Statuierung eines Exempels sehen, muß die Parteigenossenschaft bedenken, daß der Parteivorstand erstens volle Klarheit über sein Vorgehen gibt, und zweitens ist sie verpflichtet, gegen die rückwärtslose Machtpolitik zu protestieren.“

Das sind Töne, die nur in einer Partei möglich sind, die dem Mittel eines bürokratischen Apparates jede oppositionelle Meinung ihrer Mitglieder im Keime erstickt wird. Wird die Dresdener Volkszeitung diese Tatsachen ihren Lesern mitteilen?

Protektstreik gegen den Stahlhelmaufmarsch

Berlin, 7. Mai. Die Ablehnung der Berliner Rotstandsarbeiter über den Protektstreik gegen den Stahlhelmaufmarsch am 7. und 8. Mai hat eine überwältigende Mehrheit für den Streik am 7. Mai ergeben. Die Vertrauensleute der Rotstandsarbeiter richteten daraufhin einen Aufruf an die Berliner Arbeiterklasse, in dem sie dieselbe auffordern, sich dem Beispiel der Berliner Rotstandsarbeiter anzuschließen.

Gotha, 7. Mai. Die Belegschaftsversammlung der Gothaer Waggonfabrik nahm einstimmig eine Resolution an, in der der Stahlhelmaufmarsch als eine bewußte Provokation der Berliner Arbeiterklasse und als ein Vorstoß zur Aufrichtung eines Militär-Regimes auch in Deutschland erklärt wird. Ferner wird gelobt, die Berliner Arbeiter durch energische Aktion gegen den Stahlhelmaufmarsch zu unterstützen.

Die faschistischen Rowdys erheben Beschwerde

Gegen den Frontkämpferbund.

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die bisherige Leitung der Nationalsozialistischen Partei für Berlin Brandenburg hat gegen das Verbot ihrer Organisation durch den Berliner Polizeipräsidenten Beschwerde beim Ministerium des Innern erhoben. Sie beruft sich vor allem dabei darauf, daß der Berliner Polizeipräsident zwar die Gauleitung Berlin, nicht aber die brandenburgische Organisation verbot, da diese Ortsgruppe nicht im Polizeibereich Groß-Berlins liege.

Die Deutsche Zeitung ist über das Verbot der Nationalsozialisten wütend und fragt den Berliner Polizeipräsidenten, ob er, nachdem er die Nationalsozialistische Arbeiterpartei verboten hat, es nicht als seine Pflicht empfinde, auch gegen die kommunistische Partei vorzugehen. Dieses Schmierblatt meint, das Berliner Polizeipräsidenten sollte den Schein erwecken, als ob es mit zweierlei Maß messe.

„Weg, oder ich schieße!“

Breslau, 7. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Nacht vom 6. auf den 7. Mai wurde ein Roter Frontkämpfer von einem Stahlhelmer bedroht. Der Stahlhelmer zog den Revolver und rief: „Weg oder ich schieße!“ Ohne auch nur einen Augenblick zu warten, feuerte er zwei Schüsse ab. Ein anderer Arbeiter, der während des Vorfalls auf der anderen Seite der Straße stand, wurde von dem Stahl-

helmer durch einen Schuß in den Oberarm so schwer verletzt, daß er von den Roten Frontkämpfern ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Abgesetzte Stahlhelmparade vor Hindenburg

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die „Welt am Abend“ von besonderer Seite erfahren hat, hat der Reichspräsident Hindenburg erst auf einen energischen Einspruch des Reichsaussenministers Stresemann seinen Plau, am 8. Mai den Aufmarsch des Stahlhelms in Berlin abzusagen, fallen gelassen. Stresemann befürchtet, daß das Ausland — insbesondere Paris — in dem provokatorischen Aufmarsch des Stahlhelms eine militärische Kundgebung des Kriegführenden Deutschland sehen könnte und die Verständigungspolitik durch eine solche Verletzung der wahren Einwirkung des Reichspräsidenten gefährdet werden könnte.

Die Stahlhelmlenkung veröffentlicht nunmehr den Aufmarschplan des Stahlhelms am Sonntag. Danach wird der Stahlhelmer in sechs Kolonnen durch die Stadt zum Lustgarten marschieren. Vier der Kolonnen marschieren durch reine Arbeiterbezirke, aber auch die beiden anderen berühren Arbeiterbezirke.

Der Landesführung des Roten Frontkämpferbundes wurde von ihrer französischen Bruderorganisation folgendes Telegramm zugeandt:

„Kameraden! Wir verfolgen aufmerksam die Ereignisse in Deutschland. Wir wissen, daß auf dem Markt des Stahlhelms nach Berlin eine mächtige Gegenkundgebung der Roten Front einleiten wird. Früherliche Bündnisse beschließen sich. Möge sich die Einheit der Arbeiter verwirklichen in dem wichtigsten Kampfe gegen den Faschismus.“

Es lebe die rote internationale Front!

Sekretariat der Unica Paris.“

Vor einem Kampf der Metallarbeiter in Berlin

Berlin, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Auf der zum drittenmal stattgefundenen Verhandlung zwischen dem Metallarbeiter und dem Verband der Metallindustriellen über den neuen Abgleich des Rohmaterialvertrags wurde von den Metallindustriellen als Herausforderung nicht nur der 24-Stundenag praktisch verlangt, sondern auch Überstunden in großer Zahl gefordert. Neben notwendig werdender Ueberarbeit an Sonn- und Feiertagen fordert der BVM die Ueberstunden zur Aufrechterhaltung des regelmäßigen Betriebes, Ueberstunden zur Fertigstellung eiliger Lieferungen, Ueberstunden zu Reparaturen. Nicht nur insgesamt 50 Stunden pro Woche, sondern darüber hinaus noch weitere Ueberstunden. Dem Betriebsrat soll für alle diese Ueberstundenarbeit nur die Notwendigkeit dargelegt werden. Der offene Kampf um die berechtigten Forderungen der Berliner Metallarbeiter wird unvermeidlich.

Um Lohn und Brot

Merdingen am Rhein. Die 600 Mann starke Belegschaft der Waggonfabrik Merdingen ist seit 3. Mai ausgeperrt. Der Grund liegt in der Weigerung der Belegschaft, 54 Stunden abseits befindlichen Zuschlag zu arbeiten.

Die Arbeiter von 11 Ziegeln im Haffgebiet (zwischen Danzig und Königsberg) sind in den Streik getreten. Sie verlangen auf ihre schamlos niedrigen Stundenlöhne von 4 Pf. eine Zulage von 4 Pf. Weil einige Belegschaften in den Streik getreten waren, veranlaßte der Unternehmerverband die Aussperrung sämtlicher 1200 Arbeiter.

Nachen. Das Gußwerk Nachen hat am Montag ihre 516 60 Arbeiter betragende Belegschaft ausgeperrt.

Bergedorf. Am 3. Mai verließen circa 100 former demografisch das Werk wegen der Weigerung der Direktion, mit dem Betriebsrat wegen Lohnstreitigkeit zu verhandeln.

Gera. Bei den Lohnverhandlungen für das Thüringer Stugsgerwerbe am 2. Mai wurde keine Einigung erzielt. Daraufhin sind am 4. Mai sämtliche Stugsgerwerbe in den Streik getreten.

Schlichter an der Arbeit

Berlin. Der Schlichter hat den Schiedspruch für die Gasarbeiter, der drei bzw. fünf Pfennige Lohnhöhung vorsieht, nunmehr für verbindlich erklärt.

Auf Antrag des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbands hat der amtliche Schlichter den Schiedspruch für die Weinbergarbeiter des Rheingebietes mit den miserabelsten Spitzentöhnen von 53 Pf. verbindlich erklärt.

6 Todesopfer eines Sturmes

Paris, 7. Mai. Beim Bau eines Hochofens in der Nähe von Mev stürzte infolge eines plötzlich einsetzenden Sturmes eine hohe Wand ein. 6 Arbeiter wurden getötet, 6 schwer verletzt.



Diese Herren wollen am 8. Mai das rote Berlin „schützen“!